



Freiwillige Initiativen im Rohstoffsektor

Welche Ansätze bieten diese Initiativen zur
Verbesserung der Governance im Rohstoffsektor
in Entwicklungsländern?

Literaturauswertung von Heidi Feldt

Berlin, November 2009

Freiwillige Initiativen im Rohstoffsektor

Welche Ansätze bieten diese Initiativen zur Verbesserung der Governance im Rohstoffsektor in Entwicklungsländern?

Literaturlauswertung von Heidi Feldt

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

© Heinrich-Böll-Stiftung 2009

Alle Rechte vorbehalten

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, D-10117 Berlin

Tel: ++49.30.28534-0; Fax: ++49.30-28534-109

info@boell.de www.boell.de

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Heinrich-Böll-Stiftung dar.
Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

1.	Aufgabenstellung	4
2.	Rohstoffreichtum und wirtschaftliche Entwicklung.....	5
3.	Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung	7
3.1.	Industrieller Bergbau und lokale Gemeinschaften	7
3.2.	Armut in den betroffenen Regionen	8
3.3.	Ökologische Auswirkungen.....	9
4.	Wirkungszusammenhänge zwischen extraktivem Sektor und gewaltsamen Konflikten	11
5.	Relevante internationale politische Prozesse und Initiativen	12
5.1.	Extractive Industry Transparency Initiative / Publish what you pay	12
5.2.	Voluntary Principles on Security and Human Rights	14
5.3.	ICMM / Mining, Minerals and Sustainable Development (MMSD).....	15
5.4.	Zertifizierung von Diamanten	15
5.5.	Zertifizierung von Handelsketten	17
5.6.	Internationale Standards für Unternehmen.....	18
6.	Vorläufige Schlussfolgerungen	19
7.	Literatur.....	21
8.	Anhang.....	27
8.1.	Links.....	27
8.2.	Übersicht über Initiativen.....	0

Aufgabenstellung

Es hat in den letzten Jahren große Fortschritte im Verständnis der Probleme des Rohstoffabbaus in Erntwicklungsländern und ihrer Verknüpfung untereinander gegeben, allerdings besteht nach wie vor aber ein großer Bedarf, dieses Wissen in eine kohärente Politik zu übertragen. Eine Reihe von Politikinstrumenten und Standards sind von unterschiedlichen Akteuren entwickelt worden: freiwillige Unternehmensstandards, Rechenschaftspflichten und Transparenzstandards bis hin zu Zertifizierungsmechanismen und Regulierungen zur Minderung von Schäden und zur Verbesserung der *Governance* im extraktiven Sektor.¹ All diese Instrumente und Standards wählen unterschiedliche Ansätze, um spezifische Probleme der Produktionskette im Rohstoffsektor anzugehen und sie haben wahrscheinlich auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Situation der von Erdölförderung und Bergbau betroffenen Menschen.

Die folgende Literaturlauswertung geht daher in einem ersten Schritt auf die zentralen Probleme des Rohstoffabbaus, seine Auswirkungen auf die betroffenen Regionen in Asien, Afrika und Lateinamerika und die Ursachen für Fehlentwicklungen ein.

Im zweiten Schritt werden die *Multistakeholder* Initiativen und andere freiwilligen Initiativen dargestellt, die Aspekte der beschriebenen Probleme aufgreifen und Lösungen dafür anbieten wollen.

Ziel der Literaturlauswertung ist es, einen Beitrag zur Diskussion zu leisten, welche der existierenden Initiativen am besten geeignet ist, zur Verbesserung der Situation der betroffenen Menschen vor Ort beizutragen und die existierenden Probleme zu überwinden.

¹ In dem Arbeitspapier wird die folgende Definition von *Resource Governance* benutzt: "resource governance describes the way in which governments regulate and manage the use of natural resources as well as the redistribution of costs and revenues deriving from those resources. This includes the regulation and administration of the extraction process, the way resources are processed and traded, and the control over resource-specific revenues." (<http://www.bicc.de/rcm/sources.html>)

Rohstoffreichtum und wirtschaftliche Entwicklung

Während in den 1950er und 1960er Jahren die Hoffnung vorherrschte, dass trotz schlechter wirtschaftlicher Wachstumsraten in den Entwicklungsländern ihr Rohstoffreichtum unmittelbar ihre Entwicklungschancen verbessern und die Industrialisierung begünstigen würde, begann sich diese Haltung Ende der 1980er Jahre in das Gegenteil zu wandeln. Untersuchungen wiesen nach, dass Rohstoffreichtum häufig negative soziale, ökonomische und politische Folgen impliziert. Schlechte makroökonomische Daten, höhere Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges und mangelnde demokratische Entwicklung wurden mit Rohstoffreichtum korreliert. Mehrere empirische Studien (Auty 1993, Sachs und Warner 1995, Weltbank 2003; Leite, Weidmann, 1999; Karl, 1997) zeigen, dass rohstoffreiche Entwicklungs- und Schwellenländer in den letzten Jahrzehnten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht besser dastehen als Länder ohne große Rohstoffvorkommen.

Diese negative Korrelation zwischen Rohstoffreichtum und Entwicklung hat unter dem Schlagwort vom „Ressourcenfluch“ (*Resource Curse*) Einzug in den *Mainstream* gefunden.

Dabei ist dieses Phänomen nicht neu. Warum rohstoffreiche Entwicklungsländer relativ schlechte Wachstumsraten vorweisen, wurde von den Wirtschaftswissenschaften durch ungünstige *terms of trade* für Primärprodukte (Prebisch 1949, Singer 1950)² und koloniale Handelsstrukturen, durch die Instabilität der internationalen Warenmärkte (Levin 1960) und den Enklavencharakter der extraktiven Industrie, d.h. einer Industrie, die nur geringe Verbindungen zur lokalen und regionalen Wirtschaft hält (Hirschmann 1958), erklärt.

Diese Erklärungen werden von den Vertretern des *Resource Curse* aufgegriffen. Sie heben in erster Linie auf nationale wirtschaftliche Fehlentwicklungen ab: Überbewertung der Wechselkurse, zu hohe Schutzbestimmungen, ineffiziente Nutzung von Einnahmen aus dem Rohstoffsektor sowie die Vernachlässigung anderer Wirtschaftszweige, da lokale Ressourcen aus diesen abgezogen und zur Entwicklung eines einzelnen Industriesektors genutzt werden. Die Staatseinnahmen verlagern sich vom Steueraufkommen hin zu Renten³, und der Staat wird von der Preisentwicklung einer einzigen Ware abhängig.⁴ Der noch in den 60er, 70er Jahren vermutete trickle-down-Effekt aus der Entwicklung der extraktiven Industrie in die Gesellschaft bleibt im Endeffekt aus (Goodland, 2003).

Den Hauptgrund für diese Fehlentwicklungen wird vor allem im schlechten Wirtschaftsmanagement und der mangelnden Regierungsführung (*Bad Governance*) gesehen, für die unterschiedliche Gründe angeführt werden:

- Politische Eliten verhalten sich in den Ländern profitmaximierend (Ross 2001b). Laut Robinson et al (2002) ist dies um so ausgeprägter je kürzer die zu erwartende Zeit der Rohstoffausbeutung ist.
- Es bilden sich Rentenstaaten heraus, deren Regierungen sich ihren Bürgern gegenüber weniger rechenschaftspflichtig fühlen, da die Staatseinnahmen nicht vom Steueraufkommen der Bevölkerung abhängig sind (Moore 2004). Eine Verteilung der Ein-

² Die Prebisch Singer These weist den säkularen Verfall der *terms of trade* international gehandelter Primärgüter gegenüber Industriegütern nach.

³ Als „Rentier-Staaten“ bezeichnet man jene Länder, „where the rents are paid by foreign actors, where they accrue directly to the state, and where only a few are engaged in the generation of this rent (wealth), and the majority being only involved in the distribution or utilization of it.“ (Beblawi, 1987 in Ross 2001)

⁴ Oft als holländische Krankheit oder Spezialisierungsfalle bezeichnet „the term Dutch Disease refers to the boom – induced rise in the real exchange rate and the associated relative decline in non-mineral traded-goods industries. It was coined to describe the effects on the Netherlands economy of the offshore gas discoveries in the late 1960s....“ (Daniel, 1992)

nahmen aus der Rohstoffproduktion erfolgt in vielen Fällen vor allem nach politischen Gesichtspunkten und wird weniger zur Förderung von privaten Investitionen und der Herausbildung einer Mittelschicht eingesetzt (Karl 1997, Auty 2001c, 2001d, Auty & Gelb 2001).

- Rohstoffreichtum kann die soziale Kohäsion eines Landes untergraben. Die Konzentration des Reichtums liegt in den Händen weniger und führt zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeiten und Spannungen (Isham et al. 2002). Ross (2001) weist nach, dass in der Auseinandersetzung um die Kontrolle über die Ressourcen schwache demokratische Strukturen zusätzlich geschwächt werden und die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffexporten eher ein Hindernis in der Entwicklung demokratischer Gesellschaften darstellen.⁵
- Rohstoffreiche Länder mit schwachen Regierungen können zum Spielball wirtschaftlich starker Länder und internationaler Unternehmen werden (Perlmann 2003, Bellamy et al 2004), die die Bedingungen für die Investitionen im extraktiven Sektor diktieren. Außerdem gibt es eine Reihe von Fällen, in denen reiche Staaten schwache Regierungen in rohstoffreichen Entwicklungsländern stützen, so lange diese ihre Investitions- und Handelsbeziehungen zur Rohstoffversorgung garantieren.

Rosser (2006) hinterfragt die Position der Vertreter des "Ressourcenfluchs". Anstatt der Frage nachzugehen, warum Rohstoffreichtum politische Fehlprozesse begünstigt, sollte man lieber fragen, welche sozialen und politischen Faktoren dazu geführt haben, dass einige Länder⁶ ihren Rohstoffreichtum für die Entwicklung des Landes nutzen konnten und was andere Länder behindert, es ihnen gleich zu tun. Als Beispiele für Länder, die eine positive Korrelation vorweisen, werden häufig Chile, Indonesien, Botswana und Norwegen genannt (Asfaha 2008).

So stellt Kabemba (2008b) sieben *Lessons Learned* aus Botswana und Norwegen für eine entwicklungsorientierte Nutzung der Rohstoffe heraus. Dazu gehört eine Wirtschaftspolitik, die eine langfristige Ausbeutung der Rohstoffe erlaubt, um zu vermeiden, dass Regierungen in Tiefpreiszeiten ungünstige Verträge mit Investoren schließen müssen beziehungsweise die nationale Kontrolle über die Rohstoffe verlieren. So ist Botswana an allen wichtigen Bergbauunternehmen, die in dem Land operieren, beteiligt. Aus den Beispielen Botswana und Norwegen leitet er folgende Anforderungen an ein erfolgreiches nationales Ressourcenmanagement ab:

1. Verantwortungsbewusste Regierungsführung einschließlich einer transparenten Handhabung des extraktiven Sektors durch die Regierungen - vom Aushandeln der Verträge bis zur Verwendung der Einnahmen,
2. Entwicklung nationaler Ressourcenmanagementsysteme, die nicht von außen z.B. durch die Weltbank oder IMF bestimmt wird,

⁵ M. Ross (2001) stellt die Frage: Verhindert Erdöl Demokratie? Er kommt in seinem Beitrag zu dem Ergebnis: 1. Erdöl und Bergbau haben einen negativen Effekt auf die Entwicklung einer Demokratie, in armen Staaten stärker als in reichen. 2. Dieser Effekt ist nicht nur auf den Mittleren Osten beschränkt, sondern hat auch die demokratische Entwicklung in Indonesien, Malaysia, Mexiko, und Nigeria verzögert. 3. Die Verbindung von Öl und autoritären Regimen hat verschiedene Ursachen: Einerseits schwächen die Regierungen durch niedrige Steuern und hohe Konsumausgaben die Forderung nach Demokratie ab („Rentier-Effekt“); andererseits sichern die Regierungen die Kontrolle über die Bevölkerung durch Repression bei fehlender Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft.

⁶ Z.B. Botswana, Chile, Indonesien und Malaysia

3. Ausbildung und Einsatz kompetenter Bürokraten und Techniker,
4. Wissen über Menge und Qualität der Rohstoffreserven,
5. Demokratische Strukturen,
6. Starke Zivilgesellschaft,
7. Bürgerbeteiligung und gute Konsultationsprozesse.

Zu ähnlichen Aussagen kommt auch der Abschlussbericht der Extractive Industry Review der Weltbank (2003), der festhält: „*The key difference between resource-rich states that do well and those that do poorly is the quality of government institutions and government policies*“.

Demzufolge ist gute Regierungsführung im Bereich Bergbau und Erdöl-/Erdgasförderung Voraussetzung für Armutsreduzierung. Ein wesentlicher Schritt in Richtung gute Regierungsführung auf nationaler Ebene ist dabei die Herstellung von Transparenz nicht nur über die Einnahmen aus der extraktiven Industrie und deren Verwendung sondern auch über den Prozess der Konzessionsvergabe und Vertragsgestaltung.

Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung

Industrieller Bergbau und lokale Gemeinschaften

‘[M]ineral projects dwarf and strongly influence the adjacent local economy because of the size of the investments they make: a typical ore mine invests hundreds of millions of dollars, and hydrocarbon extraction invests several billions. If local governments are politically weak and the central government is negligent, it is all too easy for local communities to bear substantial environmental, economic, and social costs for which they are inadequately remunerated. For example, mine construction assembles a large and relatively well-paid workforce that creates transient local business opportunities; but this workforce also bids up the price of local labor and housing and requires expanded infrastructure, while creating social problems associated with an all-male migrant workforce, as well as major changes to the environment’ (Auty, R. 2006).

Die zusammenfassende Darstellung von R. Auty auf die lokale Ökonomie wird auch von anderen Autoren bestätigt. So haben McMahon und Remy (2001) in einer Studie die sozio-ökonomischen Auswirkungen von zehn großen Bergbauprojekten in Lateinamerika, Kanada und Spanien untersucht. In ihren Schlussfolgerungen zeigen sie auf, dass direkte Beschäftigungseffekte bei Bergbauvorhaben in Lateinamerika relativ gering sind, da meist im nicht sehr arbeitskraftintensiven Tagebau gefördert wird. Der Beschäftigungseffekt durch Dienstleister ist meist wesentlich bedeutender. Ob und wie viel an Dienstleistungen an die lokalen Unternehmen vergeben werden, hängt allerdings sehr stark von der Infrastruktur und dem Ausbildungsstand der Menschen in der Region ab. Wo die Einbindung in lokale oder regionale Wirtschaftskreisläufe nicht gelingt, ist der Beschäftigungseffekt insgesamt sehr gering. Für die Autoren ist daher ein zentraler Motor für Entwicklung, die lokale Wirtschaft zu befähigen, Dienstleistungen für den Bergbau anbieten zu können.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Zentralregierungen gefordert sind, in ihrer Politik die lokale wirtschaftliche Entwicklung in Bergbauregionen aktiv zu fördern durch:

- Beteiligung der Regionen an den Rohstoffeinnahmen inkl. des Capacity Building der lokalen Strukturen, um diese Gelder entsprechend zu verwenden,
- Berücksichtigung der Gemeindeentwicklung in den Bergbaugesetzen,

- Pro-aktive Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen,
- Förderung von Verhandlungsprozessen und Aufbau von Beziehungen der Interessengruppen unter Einbeziehung des Staates,
- Aktive Rolle der Regierung zum Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung.

Armut in den betroffenen Regionen

Die Aussagen über die Beschäftigungseffekte von Bergbau und Erdölförderung auf die betroffenen Regionen lassen vermuten, dass die extractive Industrie auch wenig zur Verbesserung der Armut der Bevölkerung beiträgt. Es liegen jedoch nur wenige Untersuchungen vor, die anhand von statistischen Daten die Auswirkung von Bergbau oder Erdölförderung auf die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung in den Regionen untersuchen. Es sei hier auf zwei Studien in Lateinamerika (Peru und Ecuador) verwiesen. GRADE (2007) belegt in einer Untersuchung⁷ der wirtschaftlichen Beziehung zwischen Armut und Bergbau im Andenhochland Perus, dass sich die Einkommenssituation der städtischen Bevölkerung in den Bergbauregionen gegenüber denen in Regionen ohne Bergbau verbessert⁸, während sich die ökonomische Lage der Landbevölkerung kaum verändert. Die Ergebnisse legen nahe, dass vor allem die Haushalte mit einem höheren Bildungsniveau vom Bergbau profitieren, während die ärmste Bevölkerungsschicht eher negativ beeinflusst wird. Dies gilt auch für den Zugang zur Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die für die ländliche Bevölkerung in Bergbaugebieten schlechter ist als in Regionen ohne Bergbau. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass die Politik die öffentliche Infrastruktur in Bergbauregionen vernachlässigt und Unternehmen das dadurch entstehende Vakuum nicht füllen.

Die Ergebnisse erlauben den Schluss, dass durch die Bergbauaktivitäten die arme ländliche Bevölkerung weiter marginalisiert wird und die sozialen Spannungen zunehmen.

Bustamante und Jarrín (2005) in Ecuador haben den Versuch unternommen, auf der Grundlage der statistischen Datenerhebungen aus den Jahren 1974, 1982, 1990 und 2001 sowie den Angaben des ecuadorianischen Systems für Sozialindikatoren einen Vergleich zwischen den Erdölbezirken des Amazonasgebietes mit den Nicht - Erdölgebieten des Amazonas und den übrigen Regionen Ecuadors herzustellen. Im Rahmen dieser Studie haben sie vier Bezirke als Erdölbezirke definiert, in denen sich zusammengenommen 80% der ecuadorianischen Bohrlöcher befinden.

Die Variablen, die untersucht wurden, beziehen sich auf Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und Armut. Verglichen mit dem landesweiten Durchschnitt heben sich die Erdölbezirke überraschenderweise positiv in den Bereichen bessere Ernährung der Kinder (44% besser als der Landesdurchschnitt) und geringere Kindersterblichkeit (8% besser als der Landesdurchschnitt) hervor. Diese positive Korrelation wird auch im Vergleich mit den anderen Amazonasbezirken bestätigt. Eine Erklärung für dieses Phänomen geben die Autoren allerdings nicht.

Im Gegensatz dazu ist die Versorgung mit Dienstleistungen wie die Gesundheitsversorgung⁹, Trinkwasser- und Abwasserversorgung sowie Baumaterial wesentlich schlechter als im Lan-

⁷ Die Studie gibt nur einen ersten Überblick, da das Datenmaterial für einen „vorher“ - „nachher“ Vergleich nur eingeschränkt vorhanden war.

⁸ Allerdings sind die Ergebnisse regional sehr unterschiedlich. Während sich eine eindeutige Tendenz der Verbesserung des städtischen Haushaltseinkommens im zentralen Hochland nachweisen lässt, ist im Süden sogar eine leichte Verschlechterung festzustellen. Erklärungen dafür lassen sich aus den Daten nicht ablesen.

⁹ Gesundheitspersonal pro Einwohner

desdurchschnitt (nur 70%). Dies gilt auch für den Vergleich mit den anderen Amazonasbezirken.

Bezüglich der Minderung der Armut und Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in den betroffenen Gebieten kommt die Studie eindeutig zu dem Schluss, dass von der Erdölindustrie weder positive noch negative Impulse ausgehen. Das Familieneinkommen in den vier Erdölbezirken liegt im Landesdurchschnitt (ohne die Großstädte Quito und Guayaquil) und im Amazonasvergleich leicht unter dem Durchschnitt.

Die Studie lässt den Schluss zu, dass in Bezug auf die sozialen Indikatoren die Erdölindustrie keinen entscheidenden Einfluss auf die Sozialstruktur der Bezirke ausübt. Die Studie von Bustamante und Jarrín ist allerdings nur eine erste Annäherung an das Thema. Um zu robusten Aussagen über das Verhältnis von Armut und Bergbau/ Erdöl zu kommen, ist die Auswertung bzw. Erstellung weiterer Studien notwendig.

In einem Projekt zu *Natural Resources for Pro-Poor Growth*¹⁰ wurden die makroökonomischen Bedingungen untersucht, die zu einer armutsreduzierenden Nutzung der Rohstoffe in den Ländern Botswana, Indonesien und Chile geführt haben. Der Bericht zu Botswana hält fest: „*There have been significant reductions in poverty Although mining revenues have thus found their way to the poorer population of Botswana, clear data on the relation between mining benefits and poverty are not available and there are still some major challenges related to the Botswana mining sector.*“ (2005:3)

Für das Verständnis über das Verhältnis von Bergbau und Armut (hier im Sinne von Familieneinkommen) in den betroffenen Regionen gibt es bisher nur wenige Studien. In Chile, Botswana und Indonesien scheinen makroökonomische Signale für den Ausbau der einheimischen Wirtschaft (Industrie und Landwirtschaft) und die Kanalisierung von Einnahmen aus der extraktiven Industrie in die Regionen armutsmindernd zu wirken.¹¹

Ökologische Auswirkungen

Ohne Frage verändert Bergbau und Erdölförderung das Landschaftsbild einer Region. Dazu kommen massive Umweltprobleme wie die Verschlechterung der Qualität und Quantität des Wassers und die Bodenzerstörung¹². Zu fragen wäre daher, ob Umweltschäden durch die Einhaltung hoher Standards und ein gutes Umweltmanagement weitgehend vermeidbar wären. Ein spezifisches Problem im Bergbausektor sind die meist zerstörten Regionen, die nach Stilllegung des Minenbetriebs zurückbleiben und für deren Wiederherstellung niemand die Verantwortung übernimmt, da die Eigentums- und damit die Haftungsfrage ungeklärt ist und die Industrie sich oft weigert, die Kosten zu tragen.¹³

¹⁰ Poverty and Environment Net, Diamond based growth in Botswana

<http://povertyenvironment.net/files/CASE%20Botswana.pdf> (10.5.2009)

¹¹ Im Falle Indonesiens geschieht dies anscheinend trotz Korruption und schwacher Institutionen.

¹² Die Umweltkonflikte wurden von verschiedenen Autoren analysiert. Zu Lateinamerika siehe z.B. Scurrah 2008, Bebbington 2007, Fontaine 2003, Kimmerling, 1996.

¹³ So läuft z.B. in Ecuador seit Jahren ein Verfahren gegen ChevronTexaco. Siedler und Indigene aus dem Amazonastiefland verlangen die Beseitigung der ökologischen Schäden, die der Konzern (damals noch als Texaco) in den 70er und 80er Jahren in der Region verursacht hat.

In Peru gibt es knapp 700 verlassene Minen, die Regierung schätzt die Kosten für die Rehabilitierung dieser Bergwerke auf 250 Millionen US \$, laut Weltbank (2005) dürfte der Finanzbedarf sehr viel höher liegen. Obwohl in ca. 70 % der Fälle der frühere Eigentümer identifiziert werden kann, konnten viele Unternehmen bisher gesetzliche Lücken ausnutzen. Auch der peruanische Staat hat bisher die Altlasten, die durch das ehemalige Staatsunternehmen hervorgerufen wurden, nicht beseitigt. (Weltbank, 2005)

Zwar gibt es in vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens gute Umweltgesetze¹⁴ und Standards, doch wird deren Einhaltung nur unzureichend durchgesetzt. Das OECD Forum zu Auslandsdirektinvestitionen und Umwelt: Schlussfolgerungen aus dem Bergbausektor (2002) kommt daher zu dem Schluss, dass die Stärkung vorhandener Regulierungen und deren Durchsetzung sowie der Institutionen in den einzelnen Ländern zentraler Aufgabenbereich für die Unterstützung der Umweltpolitik sein muss.

Die internationale Gemeinschaft hat viele der Umweltprobleme in internationalen Konventionen aufgegriffen¹⁵, allerdings verfügen die meisten Konventionen nur über schwache und unzureichende Durchsetzungsmechanismen. Die Industrie ihrerseits hat den Umweltschutz in die Verhaltenskodizes zu nachhaltiger Entwicklung einzelner Konzerne oder Konzernverbände¹⁶ integriert. In den Verhaltenskodizes wird vor allem auf Vorhaben in ökologisch fragilen Gebieten wie dem tropischen Regenwald oder Feuchtgebiete sowie auf Konfliktregionen eingegangen. Die Umsetzung dieser Verhaltenskodizes findet jedoch meist erst in Einzelvorhaben als *Best Practice* statt. Ansätze diese Beispiele für die „normale“ Praxis weiterzuentwickeln, gibt es zwar im Rahmen von „*Best Practice*“ Projekten im Bereich Bergbau und Erdöl der Weltbank sowie bei UNDP/UNEP, *Division of Technology, Industry and Economics*, aber eine wirklich systematische Analyse der Rahmenbedingungen und Wirkungen von *Best Practice* Beispielen und deren Potenzial für die normale Praxis befindet sich erst in Ansätzen, u.a. in dem ICMM Projekt: *Resource Endowment: The Challenge of Mineral Wealth: using resource endowments to foster sustainable development*.

Ein anderes spezifisches Problem der extraktiven Industrie ist der Zielkonflikt zwischen Naturschutz und dem Abbau von Ressourcen. Mehrere internationale Organisationen, u.a. die *International Union of the Conservation of Nature* (IUCN) haben daher einen Vorschlag für *No-Go-Gebiete* (Naturschutzgebiete, in denen externe Nutzungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden) auf den einzelnen Kontinenten erarbeitet. Bisher gibt es kein Verfahren, um einen Konsens zwischen Industrie, Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und betroffener Bevölkerung über die Nutzung der Gebiete herzustellen. Dieser Ansatz wird von Seiten der indigenen Völker z.B. der tropischen Wälder abgelehnt, sie fordern ein Selbstbestimmungsrecht für ihre Territorien und kein Ko-Management, dass sie mit Naturschutzorga-

¹⁴ Fast alle Länder verlangen vor Beginn des Vorhabens eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und ein Umweltmanagementsystem inklusive der Planungen nach Schließung des Bergbaus. Die UVP ist das international am weitesten verbreitete Instrument zur Erkennung und Minimierung von möglichen Umweltschäden. Kontrollorgan für die UVP und zuständig für die ökologischen Aspekte der Inbetriebnahme eines Bergbau- oder Erdölvorhabens ist entweder das Umweltministerium - in den meisten Entwicklungsländern eher mit wenig Einfluss - oder die Umweltautorität des Bergbau- und Energieministeriums, die sich dadurch in einem permanenten Zielkonflikt befinden.

¹⁵ Relevante internationale Vereinbarungen spezifisch für den extraktiven Sektor sind:

International Convention on Civil Liability for oil pollution damage, 1975

Convention on civil liability for damages resulting from activities dangerous to the environment, 1993

Convention on the prevention of marine pollution by dumping of wastes and other matter, 1972

Convention for the prevention of marine pollution from land based sources, 1974

Convention on wetlands of international importance (Ramsar Convention), 1995

Convention concerning the protection of the world cultural and natural heritage, 1972

Convention on EIA in a trans-boundary context, 1991

Convention on biological diversity, 1992

Aarhus Convention on access to information, public participation in decision-making and access to justice in environmental matters, 1998

¹⁶ Die unternehmenübergreifenden Verhaltenskodizes sind u.a.:

Operating in areas of conflict, IPIECA guide for the oil and gas industry, IPIECA (International Petroleum Industry Environmental Conservation Association), 2008

Guidelines for mining and sustainable development, Berlin II, United Nations, 2002

Sustainable Development Framework, ICMM <http://www.icmm.com/our-work/sustainable-development-framework> (12.05.2009)

International Cyanide Management Code For The Manufacture, Transport and Use of Cyanide In The Production of Gold" (Cyanide Code)

Worldbank Guidelines for Mining

nisationen teilen müssen. Diese Auseinandersetzung ist ein schwelender Konflikt (Mac Chapin, 2004).

Wirkungszusammenhänge zwischen extraktivem Sektor und gewaltsamen Konflikten

Vor allem in der angloamerikanischen wissenschaftlichen Literatur wird die Wechselwirkung von Rohstoffreichtum (Le Billon 2002, Renner 2002, Ross 2003, Collier & Hoeffler 2000) und gewaltsamen Konflikten diskutiert.

Umweltzerstörung und soziale negative Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung durch Bergbau und Erdölförderung sowie eine ungleiche Einnahmenverteilung führt laut Ross (2003) und Le Billon (2001, 2003) zwar zu Konflikten, sind aber nicht unmittelbar Ursachen von Bürgerkriegen und anderen bewaffneten Auseinandersetzungen.

Ross ist der Frage nachgegangen, wie eine Korrelation von natürlichen Ressourcen¹⁷ und (Bürger-)Krieg aussieht und kommt aufgrund der Untersuchung von 13 Fallbeispielen zu folgenden Aussagen:

- Es gibt einen unmittelbaren Wirkungszusammenhang zwischen Rohstoffreichtum und bewaffnetem Konflikt, der den Ausbruch, die Dauer und die Intensität eines Bürgerkriegs beeinflusst.
- Mehrere Mechanismen greifen dabei gleichzeitig (Kampf um Kontrolle über Ressourcen, Finanzierung von Rebellengruppen mittels leicht zu extrahierende Ressourcen wie oberflächennahe Diamanten, Drogen und Holz);
- Ungerechte Verteilungsstrukturen von Rohstoffeinnahmen tragen in Regionen mit separatistischen Tendenzen zum Ausbruch separatistischer Kriege bei (Sudan, Indonesien).

Auch NRO haben dieses Thema aufgegriffen. So wiesen NRO (*Global Witness, Partnership Africa Canada* u.a.) seit Mitte der 90er Jahre auf die Verbindung von bewaffneten Auseinandersetzungen in Afrika und dem Handel mit so genannten Blutdiamanten hin. Diamanten waren die Haupteinkommensquelle der UNITA während des Bürgerkrieges in Angola. Nach Schätzungen erzielten sie zwischen 1992 und 1998 Gewinne aus Verkäufen auf dem europäischen Markt von mindestens 3,7 Mrd. US \$. (Jung, 2002). Auch die Rebellen in Sierra Leone finanzierten sich zu einem wesentlichen Teil aus dem Diamantenhandel. Zur Unterbindung dieser Geldquellen verabschiedete der UN Sicherheitsrat 1998 eine Resolution, die den direkten oder indirekten Export von nicht - offiziellen Diamanten aus Angola und Sierra Leone verbot.

Aber nicht nur Diamanten dienen der Kriegsfinanzierung. So stellt auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in verschiedenen Resolutionen einen Zusammenhang zwischen illegaler Ressourcennutzung und Krieg her: In der Resolution 1653 (27.1.2006) zur Situation im Gebiet der großen Seen in Afrika heißt es z.B.: *„Aware that the link between the illegal exploitation of natural resources, the illicit trade in those resources and the proliferation and trafficking of arms is one of the factors fuelling and exacerbating conflicts in the Great Lakes region of Africa, and especially in the Democratic Republic of the Congo.“*

Welche Rolle Bergbau- oder Erdölunternehmen in diesen Konflikten spielen bzw. spielen können ist - abgesehen von Fällen der direkten Kriegsfinanzierung bzw. der unmittelbaren Komplizenschaft von Konzernen – ist wenig untersucht (Banfield et al, 2003).

¹⁷ Dazu zählt er sowohl mineralische Rohstoffe und Öl als auch nachwachsende Rohstoffe wie Holz und Drogen

Zur Analyse der Auswirkungen von Unternehmensaktivitäten auf die lokale Ebene werden oft Umwelt- und Sozialverträglichkeitsanalysen herangezogen, allerdings ist dieses Instrument wenig geeignet die Aktivitäten des Unternehmens in bezug auf das Konfliktpotenzial zu analysieren. International Alert (2005) hat daher einen Leitfaden für ein „*Conflict Risk and Impact Assessment*“ erstellt, der Unternehmen Instrumente zur Analyse des Verhältnisses seiner Aktivitäten zum Konflikt und Instrumente zur Minderung des Konfliktpotenzials zur Verfügung stellt. Auch die beiden Unternehmensorganisationen im extraktiven Sektor (ICMM und IPIECA) haben Leitsätze für Unternehmen in Konfliktregionen veröffentlicht und mehrere freiwillige Initiativen greifen dieses Problem auf (s. Kap. 5.2. und 5.4).

Als Antwort auf die hier aufgezeigten Probleme haben sich unterschiedliche Initiativen gebildet, die mit verschiedenen Instrumenten versuchen, Lösungen anzubieten. Um diese Initiativen bewerten zu können, werden sie im Folgenden kurz dargestellt.

Relevante internationale politische Prozesse und Initiativen

Folgende Prozesse und Initiativen bestimmen maßgeblich die Diskussion um die Verbesserung der Governance in dem Bergbau- und Erdöl-/Erdgassektor:

- Transparenz der Finanzströme, gute Regierungsführung und *Revenue Management* in der *Extractive Industry Transparency Initiative* und der internationalen NRO-Koalition *Publish What You Pay*.
- Menschenrechte bei Vorhaben Konfliktregionen und Sicherung der Anlagen durch die *Voluntary Principles on Security and Human Rights*
- Vermeidung des Handels mit illegalen Rohstoffen (Diamanten) im Kimberley Prozess
- Zertifizierung weiterer Produkte wie z.B. Coltan und Gold

Extractive Industry Transparency Initiative / Publish what you pay

Das Anliegen der *Extractive Industry Transparency Initiative* (EITI) ist die Transparenz der Zahlungen, die von Erdöl-/Erdgas- und Bergbauunternehmen an die Regierungen der jeweiligen rohstoffreichen Länder geleistet werden.

EITI wurde von der britischen Regierung auf der Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) vorgestellt. Die Initiative bringt Regierungen, Unternehmen, NRO und Finanzinstitutionen zusammen, um einen internationalen Rahmen für die Transparenz von Zahlungen der extraktiven Industrie an Regierungen zu schaffen. Die Federführung lag in der Entstehungsphase bei DFID. Mittlerweile hat sich ein internationaler Multistakeholder Prozess etabliert¹⁸, in dem unter Leitung eines unabhängigen Präsidenten und mit der Unterstützung eines Sekretariats in Oslo, Vertreterinnen und Vertreter der Interessengruppen die Umsetzung der EITI Kriterien in den Ländern überprüfen und eine regionale Ausweitung vorantreiben. EITI gibt den Rahmen vor, die Umsetzung selber liegt in der Hand der Länder (*implementing countries owned process*), dies sind zur Zeit 25 (Februar 2009).

Grundlage des EITI Prozesses sind die EITI Prinzipien und Kriterien inklusive der Richtlinien für die Berichterstattung (*Reporting Guidelines* für den Erdöl- und Gassektor, für den Berg-

¹⁸ Seit der letzten internationalen EITI Konferenz (Februar 2009 in Doha) wurde EITI als eingetragener Verein nach norwegischem Recht formalisiert.

bausektor und für Erdöl- und Erdgaspipelines). Grundvoraussetzung für die nationalen EITI Umsetzungsprozesse sind:

1. die regelmäßige und verständliche Veröffentlichung der Zahlungen der Unternehmen im Erdöl-, Erdgas- und Bergbausektor an die Regierung sowie alle Einnahmen der Regierung aus diesem Industriezweig. Der Detailgrad der Veröffentlichungen bleibt den einzelnen Ländern überlassen.
2. Die Überprüfung der Zahlen durch eine unabhängigen Auditor.
3. Die Einbeziehung der staatlichen Unternehmen des Sektors in die Transparenzpflicht.
4. Die Einrichtung eines *Multistakeholder*- Forums, in dem die verschiedenen staatlichen Stellen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen¹⁹ mitwirken.
5. Erstellung eines realistischen und finanzierbaren Arbeitsplans.

Bis 2010 sollen alle Umsetzungsländer einen Validierungsprozess durchlaufen haben, in dem die Umsetzung der EITI Prinzipien und Kriterien geprüft wird. Nur Länder, die ihrer Berichtspflicht nachkommen und die ständige Beteiligung eines Multistakeholder – Komitee ermöglichen, werden dann den Status eines „*compliant*“ erhalten. Alle andere werden weitere zwei Jahre als Kandidatenland geführt, um dann erneut bewertet zu werden. Falls keine Fortschritte zu verzeichnen sind, kann ein Land auch wieder von der Mitgliedsliste gestrichen werden.

EITI adressiert in erster Linie die nationale Ebene, Ansätze zur Übertragung der nationalen EITI Politik auf die betroffenen Regionen gibt es in Nigeria und in Peru, allerdings erst auf der Ebene der Konzeptentwicklung, so dass noch keine Aussagen über die Umsetzung getroffen werden können.

Die Weltbank hat 2008 eine erste Untersuchung zu den *Lessons Learned* aus den ersten Umsetzungsschritten von EITI veröffentlicht. Grundsätzlich ist es noch etwas früh, um Auswirkungen des EITI Prozesses zu untersuchen, da noch keine kritische Masse an veröffentlichten Berichten vorliegt. Die Weltbank stellt heraus, dass neben dem notwendigen politischen Willen der Regierenden die Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Gruppen nicht nur als Beobachter sondern in den Entscheidungsprozessen ein wichtiger Faktor für das Gelingen der nationalen EITI Prozesse ist. Weitere Faktoren, die die Umsetzung von EITI begünstigen, sind, der regionale Austausch zwischen Ländern, eine regelmäßige Überprüfung des Prozesses, begleitende gute Kommunikation. Zwar ist EITI nicht die Lösung für alle Probleme des extraktiven Sektors in den Ländern, aber es kann die Basis für weitere Reformvorhaben legen. Die Weltbank hat daher einen Vorschlag für eine EITI ++ Initiative²⁰ veröffentlicht, die Transparenz und Ressourcenmanagement für die ganze Wertschöpfungskette der extraktiven Industrie in einem rohstoffreichen Land sicherstellen will (Mayorga Alba, 2009, Toto Same, 2009). In zwei Ländern, Guinea und Mauretania, soll das Konzept in Pilotprojekten erprobt werden.²¹

¹⁹ Dazu gehören in vielen Fällen auch Mitglieder der Kirchen, der Gewerkschaften und der Presse

²⁰ EITI++ soll folgende Schritte umfassen: 1. Vergabe von Konzessionen und Lizenzen sowie Verträge, 2. Regulierung und Kontrolle der Vorhaben, 3. Förderzins und Steuereinnahmen, 4. Einnahmenmanagement und Verwendung, 5. Umsetzung nachhaltiger Politiken und Projekte aus den Einnahmen der extraktiven Industrie

²¹

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21727772~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html> (12.05.2009)

Voluntary Principles on Security and Human Rights

Die *Voluntary Principles* sind ein Leitfaden für die extraktive Industrie, um einerseits die Sicherheit ihrer Installationen und Aktivitäten zu gewährleisten und andererseits die Menschenrechte zu respektieren. Sie wurden im Dezember 2000 von den Regierungen der USA und Großbritannien, den Konzernen ChevronTexaco, ConocoPhillips, BP, Shell, Rio Tinto, Freeport McMoran, ExxonMobil und den NRO Human Rights Watch, Amnesty International, International Alert, Prince of Wales IBLF u.a. unterzeichnet. Die Niederlande und Norwegen kamen 2002 dazu, Kanada und Australien haben Interesse an der Mitarbeit geäußert.

Die *Principles* behandeln drei Bereiche:

- Kriterien, die Bergbau- und Erdölunternehmen bei der Risikoanalyse berücksichtigen sollten,
- ihren Umgang mit staatlichen Sicherheitskräften,
- ihre Beziehung zu privaten Sicherheitsdiensten.

Sie geben Anleitungen, wie Unternehmen internationale Menschenrechtsstandards in ihre Politik und Entscheidungsprozesse integrieren können. Man hat sich bewusst auf den Widerspruch, der oft aus der Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften und der Beschäftigung privater Sicherheitsdienste zum Schutz des eigenen Personals und der Installationen einerseits und dem Respekt der Menschenrechte in konfliktiven Gebieten andererseits entsteht, konzentriert. Andere Probleme des Ressourcenabbaus bleiben daher unberücksichtigt. Kernländer, in denen die *Principles* von Unternehmen in der Praxis angewendet und weiterentwickelt werden, sind Kolumbien und Indonesien, wo in Erdölvorhaben von BP bzw. Mobil die *Principles* erprobt werden.

Die teilnehmenden Unternehmen, NRO und Regierungen haben beschlossen, den Prozess vertraulich zu gestalten und keine unabgesprochenen Informationen oder Kommentare zu veröffentlichen. Die vorhandenen Informationen sind daher nicht sehr umfangreich. Es liegen nur einzelne Berichte über die Auswirkungen aus Kolumbien und Indonesien vor, die erste positive Wirkungen beschreiben wie z.B. eine verbesserte Zusammenarbeit mit den nationalen Institutionen und eine verstärkte Kommunikation mit den Gemeinden der Erdölregionen.²²

In einem Überblick über „5 Jahre *Voluntary Principles*“, durchgeführt von der *Information Working Group of the Voluntary Principles*, wird festgehalten, dass der Inhalt in die Verträge der Unternehmen mit Sicherheitsfirmen und dem Staat eingeflossen ist und in *Social Impact Assessments* beachtet wird. Die Schwächen der *Principles* werden in demselben Bericht auf vier Ebenen gesehen:

- Die Sprache und Vorgaben der *Principles* sind zu vage.
- Sie sind schwer zu überprüfen, von daher fehlt ihnen die notwendige Transparenz.
- Sie sind zu exklusiv, nur eine kleine Gruppe entscheidet.
- Sie beziehen die Belange der lokalen Bevölkerung nicht mit ein.

Erst 2007 wurden nach massivem Druck durch die NRO aber auch von einzelnen Unternehmen (*Ethical Corporation*, Juli 2007:36) Kriterien für die Teilnahme an den *Principles* verabschiedet, dazu gehört die Verpflichtung, an die Mitgliederversammlung über Fortschritte bei der Umsetzung zu berichten, ohne dass es jedoch klare Vorgaben für die Berichterstattung gibt.²³

²² <http://www.voluntaryprinciples.org/reports/2005/country-reports.php> (12.05.2009)

²³ Die britische NRO *International Alert* hat 2008 einen Vorschlag für die Berichterstattung veröffentlicht: *Voluntary Principles on Security and Human Rights: Performance Indicators* http://www.international-alert.org/pdf/Voluntary_Principles_on_Security_and_Human_Rights.pdf (12.05.2009)

Über die Wirkungen der *Voluntary Principles* gibt es bisher keine unabhängigen Aussagen.

ICMM / Mining, Minerals and Sustainable Development (MMSD)

Neun der größten Bergbauunternehmen der Welt beauftragten Ende der 1990er Jahre das *International Institute for Environment and Development* (IIED) mit der Durchführung eines zweijährigen Forschungsprojektes mit dem Ziel:

- Beurteilung des Bergbausektors bzgl. seines Beitrags zu nachhaltiger Entwicklung,
- Identifizierung von Möglichkeiten, wie die Wertschöpfung entlang der Zuliefererkette zur nachhaltigen Entwicklung beitragen kann,
- Erarbeitung von Schlüsselemente zur Verbesserung des Bergbausektors,
- Aufbau einer Plattform für die Analyse und Engagement für die kontinuierliche Kommunikation und Vernetzung unter allen Stakeholdern.

Der Abschlussbericht „*Breaking New Ground*“ wurde 2002 veröffentlicht. Darin wurde die Einrichtung eines internationalen Forums zur Weiterentwicklung der Ansätze von nachhaltiger Entwicklung im Bergbau empfohlen. Der *International Council on Metals and Mining* (ICMM, vorher *International Council on Metals and the Environment*) wurde damit beauftragt. Er hat seitdem z.B. im Dialog mit IUCN Leitlinien für den Bergbau und Naturparks erarbeitet, einen Leitfaden zum Verhältnis von indigenen Völkern und Bergbauunternehmen verabschiedet oder das bereits erwähnte Projekt *Resource Endowment*, das *Best Practice* Beispiele für die Umsetzung eines nachhaltigen Bergbaus untersuchen und zu ihrer Verbreitung beitragen soll.

Zertifizierung von Diamanten

Durch die Veröffentlichungen von NRO über die Finanzierung von Kriegen und Aufständen durch sogenannte Blutdiamanten (s. Kap.4) geriet der Diamantenhandel allgemein und vor allem das südafrikanische Unternehmen de Beers, das über 65 % der weltweiten Diamantenproduktion klassifiziert und verkauft, unter öffentlichen Druck. Dies führte 2000 zu einem ersten Treffen von NRO, der Diamantenindustrie und einigen Produzentenländern in Kimberley, Rep. Südafrika, auf dem die Kontrolle des Diamantenhandels diskutiert wurde. Das *Kimberley Process Certification Scheme* (KPCS) ist das Ergebnis dieser dreijähriger intensiver Verhandlungen, die in Kimberley ihren Anfang nahmen. Der zentrale Gedanke des Zertifizierungssystems ist, dass nur jene Diamanten gehandelt werden, die durch ein Zertifikat belegen können, dass sie nicht aus Kriegsquellen kommen.

Das Zertifizierungssystem ist seit Januar 2003 in Kraft. Burbank (2005) weist in ihrem Essay über die Effizienz des KPCS darauf hin, dass die Umsetzung in den Mitgliedsländern mit schwache Institutionen und zum Teil fehlende staatlicher Kontrolle über das ganze nationale Territorium unter fehlendem politischen Willen und / oder mangelnder Kapazität leidet. Auf diese Probleme geht auch *Global Witness* ein:

“*Governments are not capturing accurate production data at mine sites; many diggers, supporters and dealers are not licensed and therefore operate outside official oversight; there are no effective checks of transactions between dealers; law enforcement authorities lack training, funding and expertise to tackle the illicit diamond trade; governments lack the political will to govern the diamond industry; and there is little regional coordination to stop illicit trading.*” (*Global Witness* 2005:17)

Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch Kabemba (2008a): Obwohl der Handel mit illegalen Diamanten von weltweit 4 % (2003) nach Einführung des KPSC auf 1% gesunken ist, ist das

Zertifizierungssystem nur in Ländern mit guter Regierungsführung (Südafrika, Botswana, Namibia) umgesetzt worden, während es in undemokratischen und fragilen Staaten (Demokratische Republik Kongo (DRC), Angola) gescheitert ist. Kabemba sieht im Wesentlichen vier Probleme in der Umsetzung des KPSC:

- Es ist ein freiwilliges Instrument, dass die Bereitschaft der Länder zur Umsetzung voraussetzt. Es wird von daher nur in den Ländern eingesetzt, die über Kapazitäten zur Einhaltung der Kontrollmechanismen verfügen und in denen ausreichend politischer Wille vorhanden ist.
- Die Struktur der Diamantenproduktion erschwert eine Überprüfung, da in vielen Ländern sekundäre bzw. alluviale Diamanten im informellen oder Kleinstbergbau gefunden werden. Dieser Sektor ist sehr schwer zu kontrollieren.
- Die schwachen Überwachungsmechanismen sind zu schwach. Es gibt sowohl in der DRC als auch in Angola genügend Anzeichen, dass weiterhin illegaler Abbau von Rohstoffen betrieben wird, ohne dass die Kontrollmechanismen des KPSC dies erfassen.
- Das Mandat des KPSC bezieht sich nur auf den illegalen Handel mit Diamanten, um die Finanzierung gewaltsamer Konflikte zu erschweren. Damit adressiert es ein Symptom aber nicht die Ursache der Konflikte, die oft in dem schlechten Management der natürlichen Ressourcen und ihrer Gewinne liegen.

Eine der Schlussfolgerungen, die Kabemba zieht, ist, dass externe Instrumente nur sehr begrenzt zur Lösung interner (nationaler und regionaler) struktureller Schwächen dienen können. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass KPSC nur den Handel mit Diamanten aber nicht die Governanceprobleme im Rohstoffsektor der Mitgliedsländer aufgreift.

Es haben sich daher im Umfeld des KPSC Initiativen gebildet, die den Schritt von "Konfliktfreien Diamanten" zu "Entwicklungsdiamanten" (*from conflict free to development diamonds*) gehen wollen. Hund (2008) hat die unterschiedlichen Initiativen für die *Madison Diamonds Working Group*²⁴ zusammengestellt. Sie unterscheidet Initiativen, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen:

- Verbesserung der Situation der Menschen im Kleinst- und informellen Bergbau (*Mwadui Community Diamond Partnership, Diamonds for Development Liberia, Peace Diamond Alliance, Sierra Leone, Fair Trade* Initiativen u.a. aus Deutschland und den USA, *Diamond Development Initiative, Egmont Group* und die Initiative *Communities and Small-Scale Mining (CASM)*²⁵ der Weltbank),
- Unternehmensinitiativen, Standards und Zertifikate oder Verhaltenskodizes wie z.B. der *Council for Responsible Jewellery Practices* oder *De Beers Best Practice Principles*,

²⁴ Madison Dialogue ist eine sektorübergreifende Initiative zur Förderung der Kommunikation zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zur Förderung von Best Practice und nachhaltiger Entwicklung im Bereich der Förderung von Gold, Diamanten und anderen Mineralien.

²⁵ <http://www.artisanalmining.org/index.cfm>

- Charity Initiativen wie *Green Diamonds*, *Diamonds for Africa* oder *Dreams of Africa*, die durch Rückspenden und Projektunterstützung, durch Diamantenhandel negativ betroffene Gemeinschaften in ihrer Entwicklung unterstützen wollen. Ihr Fokus liegt nicht auf der Verbesserung der Produktionsbedingungen sondern allgemein auf der Durchführung von Entwicklungsprojekten in Afrika.

Die Vielfalt der Initiativen wirkt verwirrend und Hund kritisiert, dass es wenig Klarheit über Standards und Auswirkungen der einzelnen Zertifikate gibt. Aus der Zusammenstellung geht nicht hervor, inwieweit einzelne dieser Initiativen real zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation in betroffenen Regionen beigetragen haben. Laut Hund gibt es bisher keine Koordination unter den Initiativen und keine *Lessons Learned* aus den Aktivitäten.

Ob der Kimberley Prozess auf andere Produkte übertragbar ist und ob Zertifizierungsmodelle auch für andere Rohstoffe entwickelt werden können, ist eine aktuelle Diskussion. Mittlerweile gibt es mehrere Ansätze Zertifizierungssysteme zu etablieren, die unterschiedliche Ansätze verfolgen, wie im Folgenden dargestellt wird.

Zertifizierung von Handelsketten

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR 2007) hat einen Vorschlag für die Zertifizierung von Handelsketten im Kleinbergbau vorgestellt. Das Konzept der BGR sieht vor, den Weg eines Rohstoffs auf der Grundlage internationaler Umwelt- und Sozialstandards vom lokalen Produzenten bis zu den industriellen Abnehmern zu zertifizieren. Als zentrales Ziel wird die Sicherheit der Versorgung der deutschen Industrie mit (strategischen) Rohstoffen angegeben. Darüber hinaus sollen sich die Arbeitsbedingungen vor Ort für die Arbeiter im Kleinbergbau verbessern und sie Zugang zu den internationalen Märkten erhalten. Bisher ist relativ unklar wie Zertifizierung und Absatzchancen auf den internationalen Märkten für den Kleinbergbau ineinander greifen und wie sich die Lebensbedingungen der Personen, die im Kleinbergbau tätig sind, dadurch verbessern sollen. Ein Pilotprojekt zu Coltan soll in Ruanda durchgeführt werden, ein weiteres ist in der DRC geplant. Auf dem jetzigen Stand der Information ist es schwer, diesen Ansatz zu beurteilen, verwirrend sind jedoch die unterschiedlichen Zielsetzungen, die im Konzept benannt werden.

Weiterhin ist unklar, in welche Struktur das Zertifikat einzubinden sei bzw. ob dafür eine eigene Struktur geschaffen werden müsste. Man hat keinen *Multistakeholder* Ansatz für die Entwicklung des Zertifikats gewählt - was aufgrund des niedrigen Organisationsgrad im Klein- und Kleinstbergbau auch schwierig wäre -, sondern setzt eher auf die Zusammenarbeit mit Industrieunternehmen (z.B. H.C. Starck GmbH). Es stellt sich daher die Frage, wie sich aus einem Pilotprojekt ein Zertifikat für die Handelskette eines Rohstoffs entwickeln lässt und welche Struktur dafür notwendig ist. Die BGR hat dazu eine Studie in Auftrag gegeben (Garrett, 2008), um zu klären, ob EITI eine internationale *Governance* Struktur für die Zertifizierung von Handelsketten bieten könnte. Der Autor sieht zwar viele Berührungspunkte zwischen beiden Initiativen, die Integration der Zertifizierung aber das Mandat von EITI sprengen würde. Die Frage nach einer möglichst demokratischen, glaubwürdigen und gleichzeitig kostengünstigen Struktur eines möglichen Zertifikats ist damit noch offen.

Unter welchen Umständen eine Zertifizierung sinnvoll sein kann, hat das *Mining Certification Evaluation Project* des WWF Australien (2006) untersucht. In einem dreijährigen Forschungsprojekt, das sowohl NRO wie Unternehmen einbezogen hat, wurde der Frage nachgegangen, ob und unter welchen Bedingungen eine *Third - Party Certification* des Umwelt- und Sozialverhaltens eines Unternehmens sinnvoll bzw. möglich ist. Eine Zertifizierung wird unter folgenden Bedingungen für sinnvoll erachtet:

- *“Attracting broadly based support and / or membership for a scheme,*

- *Establishing a viable funding structure for the governance of a scheme,*
- *Ensuring compatability with complementary private initiatives,*
- *Investigating further the feasibility of globally applicable standards, as opposed to regional or local standards,*
- *Undertaking more work in areas such as free, prior and informed consent, indigenous people, any limitations on particular technologies or practices, and the level of perception in some criteria, particularly in the context of a global standard,*
- *Finding the balance between the costs of audits and the degree of assurance that can be provided; and*
- *Developing strategies for the participation of small and medium enterprises (SMEs)."*

Der geforderte internationale Prozess zur Setzung internationaler Standards hat jedoch bisher nicht stattgefunden, so existieren zur Zeit unterschiedliche Zertifizierungsansätze und Standardinitiativen²⁶ wie der *Council for Responsible Jewellery Practices*, *Enduring Value* des *Minerals Council of Australia*, *Towards Sustainable Mining* der *Mining Association of Canada*, die *Alliance for Responsible Mining* mit ihrem *Standard Zero for Fair Trade Artisanal Gold and associated Silver and Platinum* sowie unterschiedliche Fair Trade Initiativen vor allem im Schmuckbereich.

Die Möglichkeiten des Fair Trade Ansatzes wird bisher vor allem in der Gold und Diamanten Handelskette diskutiert. Eine Machbarkeitsstudie im Auftrag von Transfair USA²⁷ kommt zu dem Schluss, dass es einen Markt für fair gehandelte Diamanten gibt, sich der Diamantensektor aber zur Zeit sehr schnell in Richtung eigene Zertifikate bewegt und ein einheitliches Transfair möglichst schnell entwickelt werden müsste, bevor der Zertifizierungsmarkt zu unübersichtlich wird.

Für andere Rohstoffe gibt es bisher keine Fair Trade Zertifizierungen.²⁸

Insgesamt ist über die Wirkungen von Zertifizierungsinitiativen im Rohstoffsektor wenig bekannt. Vor allem über die Auswirkungen auf den informellen Sektor, den Klein- und Kleinstbergbau liegen kaum Untersuchungen vor, die die Frage beantworten, ob die Zertifizierungen aufgrund ihrer hohen Ansprüche den informellen Sektor eher aus dem Markt drängen oder zur Verbesserung des Marktzugangs führen.

Internationale Standards für Unternehmen

Darüber hinaus gibt es eine Reihe internationaler Standards und Richtlinien, die allgemein für Unternehmen entwickelt wurden. Da sie jedoch auch für die extraktive Industrie relevant sind, werden sie in diesem Kontext kurz vorgestellt. Ihnen gemeinsam ist der freiwillige Charakter der jeweiligen Initiative.

Die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen definieren Kriterien für die Unternehmensführung in den Bereichen Einhaltung der staatlichen Gesetze, Verbraucherschutz, Bekämpfung der Korruption, Etablierung von Umweltmanagementsystemen, Offenlegung von Informationen und Einhaltung der Steuergesetze. Der Wirkungsbereich der OECD-Leitsätze

²⁶ Auch von NRO Seite wurden Verhaltenskodizes für die extraktive Industrie entwickelt, die aber nicht zu einer wirkungsvollen Umsetzung geführt haben. U.a. Conservation International: Reinventing the well, Brot für die Welt: Code of conduct for the oil and gas industry

²⁷ Resource Consulting Services Feasibility study for the development of a fair trade diamond standard and certification system, Dezember 2008

http://resourceglobal.co.uk/index.php?option=com_docman&task=doc_details&gid=65&Itemid=41 (12.05.2009)

²⁸ Ausnahme ist die Steinindustrie, in der es ein Siegel für Steine aus Indien gibt.

geht über die OECD-Länder hinaus. Zum einen haben neun weitere Länder die Leitsätze übernommen, zum anderen gelten die Leitsätze auch bei Aktivitäten von Unternehmen in der Dritten Welt. Die Umsetzung der Leitsätze wird über staatliche Anlaufstellen (National Contact Points, NCP) gefördert. Gleichzeitig können über die NCP Beschwerdeverfahren gegen Unternehmen, die die OECD Leitsätze verletzen, eingeleitet werden.

Die Leitsätze sind Empfehlungen der Signatarstaaten an die Unternehmen in den haftenden Staaten und beziehen sich auf Investitionen.

Die *Global Reporting Initiative* ist ein *Multistakeholder* Prozess, der ursprünglich zur Standardisierung der Umweltberichtserstattung von Unternehmen gegründet (1997) wurde. Dies ist mittlerweile zu einem Leitfadensystem für eine Nachhaltigkeitsberichtserstattung weiterentwickelt worden. Zusätzlich zu dem Leitfaden gibt es eine Reihe von sektorspezifischen Empfehlungen, u.a. einen Berichtsstandard für den Bergbausektor²⁹, der bezüglich der Offenlegungspflichten von Zahlungsströmen auf den EITI Kriterien basiert und noch darüber hinaus geht. So wird die Veröffentlichung ökonomischer Leistungsindikatoren auf Länderbasis gefordert.

Der *Global Compact* ist eine *Multistakeholder* Initiative unter dem Dach der Vereinten Nationen. Unternehmen verpflichten sich freiwillig zur Befolgung von 10 Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umwelt und Maßnahmen gegen Korruption. Der Global Compact ist in erster Linie eine Lernplattform, die *Best Practice* Beispiele befördern soll.

Die *Equator Principles* sind eine freiwillige Initiative von Banken, die direkt in Projekte finanzieren. Die Prinzipien (2003, überarbeitet 2006) orientieren sich an den Richtlinien der *International Finance Corporation* (IFC) zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Über 60 öffentliche und private Finanzinstitute haben die *Equator Principles* unterzeichnet.

Vorläufige Schlussfolgerungen

In dem Bestreben, die Bedingungen unter denen Rohstoffe abgebaut werden, zu verbessern und das Potenzial aus den Rohstoffgewinnen für Entwicklung zu nutzen, sind vor allem in den letzten zehn Jahren eine Vielzahl von *Multistakeholder* und anderen freiwilligen Initiativen entstanden. Über die Wirkungen dieser Initiativen gibt es zum jetzigen Zeitpunkt bis auf erste *Lessons Learned* aus der EITI Umsetzung oder dem Kimberley Prozess nur wenige Aussagen.

Einige Beobachtungen lassen sich jedoch bereits aufstellen:

1. Die Initiativen adressieren wichtige Probleme des Rohstoffsektors wie fehlende Transparenz und Korruption, menschenunwürdige Abbaubedingungen, Finanzierung von bewaffneten Konflikten, sozio-ökonomischer Spannungen und Umweltschäden.
2. Vielen *Multistakeholder* Initiativen fehlt jedoch eine strukturelle Anbindung in nationale, regionale oder lokale Strukturen, so dass ungewiss ist, ob sie nachhaltig wirken werden. Nationale Kontrollinstanzen in den betroffenen Ländern selber werden dadurch nicht gestärkt. EITI, der Kimberley Prozess und eventuell auch die *Voluntary Principles*, wenn diese in Verträge eingebunden würden, verfügen aber zumindest über das Potenzial, nationale Kontrollmechanismen und Partizipationsspielräume zu stärken.
3. Die meisten Initiativen sind von den Industrieländern dominiert, nur wenige wie EITI greifen in ihren Standards auf Vorstellungen aus den betroffenen Ländern zurück bzw. beziehen

²⁹ Die Sustainability Reporting Guidelines & Mining and Metals Sector Supplement werden zur Zeit diskutiert (Stand: Februar 2009)

Initiativen der Entwicklungsländer mit ein. Lokale Initiativen spielen kaum eine Rolle. Eine Ausnahme bildet die *Alliance for Responsible Mining*.

Angesichts der Vielfalt existierender Initiativen scheint eine Konsolidierung der existierenden sinnvoller als weitere Neugründungen.

Literatur

- Acemoglu, D., Johnson, S., Robinson, J. (2003): An African Success Story: Botswana, in D. Rodrik (Hrsg) In Search of Prosperity: Analytic Narratives on Economic Growth, Princeton, NJ: Princeton University Press: 80–119
- Asfaha, S.G. (2008): Economic Policy in Mineral-Rich Countries, UNRISD Project on Social Policy in Mineral Rich Countries, UNRISD, Genf
- Atkinson, G. and Hamilton, K. (2003): Savings, Growth and the Resource Curse Hypothesis, World Development 31.11: 1793–807
- Auty, R. (2006): From Mining Enclave to Economic Catalyst: Large Mineral Projects in Developing Countries. Brown Journal of World Affairs, Vol. 13: 135-146
- Auty, R. (1993) Sustaining Development in Mineral Economies: The Resource Curse Thesis, Routledge, London
- Auty, R. and Gelb, A. (2001): The Political Economy of Resource-Abundant States, in R. Auty (ed.), Resource Abundance and Economic Development, Oxford: Oxford University Press: 126–44
- Ballantine, K. (2003): Beyond Greed and Grievance: Reconsidering the Economic Dynamics of Armed Conflict, in K. Ballantine and J. Sherman (eds), The Political Economy of Armed Conflict: Beyond Greed and Grievance, London: 259–283
- Banfield, Jessica et al. (2003): Transnational Corporations in Conflict Prone Zones: Public Policy Responses and a Framework for Action, International Alert, London
- Bannon, I., Collier, P. (2003): Natural Resources and Conflict: What We Can Do, World Bank, Washington, DC
- Bebbington, A. (Hrsg) (2007) Minería, Movimientos sociales y Respuestas campesinas, Instituto de Estudios Peruanos, Lima
- Bevan D., Collier P., Gunning J. (1999) The Political Economy of Poverty, Equity, and Growth: Nigeria and Indonesia, Oxford University Press, Oxford
- Brzoska, M., Paes, W.C. (2007): Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2007): Zertifizierung von Handelsketten (<http://www.bgr.bund.de/KL/studie-zertifizierte-handelsketten.12.05.2009>)
- Burbank, J. (2005): The Effect of the Kimberley Process on Governance, Corruption, and internal Conflict, The Fund for Peace, Globalization and Human Rights Series (http://www.fundforpeace.org/publications/reports/kimberley_process-burbank.pdf) (12.05.2009)
- Christian Aid (2002) Fuelling Poverty – oil, war and corruption, London
- Christian Aid (2005): Unearthing the truth – mining in Peru, London (http://www.christianaid.org.uk/Images/unearthing_the_truth.pdf) (12.05.2009)
- Collier, P. (2000): Doing Well Out of War: An Economic Perspective, in Berdal, M., Malone, D. (Hrsg): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars, International Peace academy, Boulder, USA: 91–111
- Collier, P., Hoeffler, A. (2005): Resource Rents, Governance, and Conflict, Journal of Conflict Resolution 49.4: 625–33

- Collier, P. , Hoeffler, A. (2004): Greed and Grievance in Civil War, Oxford Economic Papers 2004 56(4):563-595 <http://oep.oxfordjournals.org/cgi/content/abstract/56/4/563> (12.05.2009)
- Collier, P., Hoeffler, A., Soderbom, M. (2004): On the Duration of Civil War, Journal of Peace Research 41.3: 253–73
- Collier, P. (2007): Laws and Codes for the ‘Resource Curse’, Oxford
- Daniel, Philip (1992): Economic Policy in Mineral-Exporting Countries: What have we learned?, in: Tilton, J. (Hrsg): Mineral Wealth and Economic Development, Washington D.C.
- Davis, G.A., Tilton, J.E. (2002): Should developing countries renounce mining? A perspective on the debate, Colorado School of Mines, Denver, USA
- Davis, J.M., Ossowski, R., Fedelino, A. (Hrsg) (2003): Fiscal Policy Formulation and Implementation in Oil-Producing Countries, Washington, DC: International Monetary Fund
- Defensoria del Pueblo (2007): Informe extraordinario: Los conflictos socioambientales por actividades en el Perú, Bericht an den Kongress der Republik, Lima <http://www.defensoria.gob.pe/inform-extraordinarios.php> (12.05.2009)
- Echave, J. de, Torres, V. (2005) : Hacia una estimación de los efectos de la actividad minera en los índices de pobreza en el Perú, CooperAcción, Lima, Peru
- Eifert, B., Gelb, A., Tallroth, N. (2003): The Political Economy of Fiscal Policy and Economic Management in Oil Exporting Countries, in: J.M. Davis, J.M., Ossowski, R., Fedelino, A. (Hrsg): Fiscal Policy Formulation and Implementation in Oil-Producing Countries, Washington, DC: International Monetary Fund: 82–122
- Extractive Industry Review (2002) Striking a better balance, Abschlussbericht des Leiters E. Salim der Extractive Industry Review <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTOGMC/0,,contentMDK:20306686~menuPK:592071~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:336930,00.html> (12.05.2009)
- Feldt, H. (2007): Peru - Verbesserung der Entwicklungswirkungen aus dem Bergbau - Identifizierung von Ansätzen deutscher Beratung im Rohstoffsektor, Studie im Auftrag der GTZ, Eschborn
- Feldt, H. (2008): Konfliktregelung in der Erdölindustrie im ecuadorianischen Amazonasgebiet und venezolanischen Orinokobecken, Entwicklungsperspektiven 96, Universität Kassel
- Fontaine, G. (2003) El Precio del Pétroleo – conflictos socio-ambientales y gobernabilidad ren la región amazónica, FLACSO Ecuador, Quito
- Freeman, B. (2002): Voluntary Principles on Security and Human Rights. Konferenzbeitrag, Public Bads – Economic Dimension of Conflict, InWEnt, Bonn / Petersberg
- Gary, I.; Karl T. (2003): Bottom of the Barrel, Africa’s Oil Boom and the Poor. Catholic Relief Service http://crs.org/publications/showpdf.cfm?pdf_id=183 (12.05.2009)
- Gelb, A. (1988) Oil Windfalls: Blessing or Curse, New York: World Bank Research Publication, Oxford University Press
- Global Witness (2002) All the President’s Men, Global Witness, London http://www.globalwitness.org/media_library_detail.php/85/en/all_the_presidents_men (12.5.2009)
- Global Witness (2005) Making it Work, Washington DC, London http://www.globalwitness.org/media_library_detail.php/143/en/making_it_work_why_the_kimberley_process_must_do_m (12.05.2009)
- GRADE (2007): Minería y economía de los hogares en la sierra peruana: impactos y espacios de conflicto, Arbeitspapier Nr. 5, Lima

Grupo Propuesta Ciudadana (2007): Vigilancia de las industrias extractivas, Reporte Nacional No.5, Balance 2004-2006, Lima

Harwell, E., Le Billon, P. (2008): Natural Connections: Linking Transitional Justice and Development through a focus on Natural Resources, in: Greiff, P. de, Duthie, R. (Hrsg) Transitional Justice and Development: Making Connections, New York: 282-330
http://www.ssrc.org/workspace/images/crm/new_publication_3/%7B1ed88247-585f-de11-bd80-001cc477ec70%7D.pdf (12.05.2009)

Hinojosa, L., Bebbington, A. Barrientos, A., Addison, T. (2008): Social Policy and State Revenues in Mineral - Rich Contexts, UNRISD project on Social Policy in Mineral Rich Countries, UNRISD, Genf

Homer-Dixon, T.F. (1994) Environmental Scarcities and Violent Conflict: Evidence from Cases Peace and Conflict Studies Program, University of Toronto International Security, Vol. 19, No. 1 pp. 5-40

Human Rights Watch (2004) Some Transparency, no Accountability: The Use of Oil Revenues in Angola and its Impact on Human Rights, Human Rights Watch Report, Vol.16, No.1 (A)
<http://www.hrw.org/en/node/12195/section/1> (12.05.2009)

Humphreys, M. (2005): Natural Resources, Conflict, and Conflict Resolution: Uncovering the Mechanisms', Journal of Conflict Resolution 49.4: 508–37

Hund, Kirsten (2008): Making diamonds work for development, an overview of initiatives, Fatal Transaction <http://www.fataltransactions.org/News/2008/Making-Diamonds-Work-for-Development> (12.05.2009)

Idemudia, U. (2007): Corporate Partnerships and Community Development in the Nigerian Oil Industry, Markets, Business and Regulation Programme Paper Nr. 2, UNRISD, Genf

IIED (2002): Breaking New Ground, Earthscan Publications, London, <http://www.iied.org/sustainable-markets/key-issues/business-and-sustainable-development/mining-minerals-and-sustainable-development> (12.05.2009)

International Alert (2005): Conflict sensitive Business Practice: Guidance for Extractive Industries, London
http://www.international-alert.org/pdfs/conflict_sensitive_business_practice_all.pdf (12.05.2009)

Isham, J., Woolcock, M., Pritchett, L. Busby, G. (2002): The Varieties of Rentier Experience: How Natural Resource Export Structures Affect the Political Economy of Economic Growth, www.middlebury.edu/NR/rdonlyres/23035072-BFD1-43A1-923C-99CF11831F32/0/0308.pdf

Jensen, N., Wantchekon, L. (2004): Resource Wealth and Political Regimes in Africa, Comparative Political Studies 37.7: 816–41

Kabemba, C. (2008a): Kimberley Process Certification Scheme: Compliance and Limitations in Southern Africa, Southern Africa Resource Watch, Johannesburg S.A.

Kabemba, C. (2008b): The Search for Responses to Resource Curse, Southern Africa Resource Watch, Johannesburg S.A.

Karl, T.L. (1997): The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States, California University Press

Kimmerling, J. (1996) El Derecho del Tambor, Abya Yala, Quito

Kuramoto, Juana (2007): Transparencia de los ingresos y pagos en las industrias extractivas, Grupo de Análisis para el Desarrollo (GRADE), unveröffentlicher Projektbericht, Lima

Le Billon, P. (2001a): The Political Ecology of War: Natural Resources and Armed Conflicts, Political Geography 20: 561–84

- Le Billon, P. (2001b): Fuelling war : natural resources and armed conflicts, Adelphi Paper 357, Oxford University Press, New York
- Le Billon, P., Sherman, J., Hartwell, M. (2002): Controlling Resource Flows to Civil Wars: a review and analysis of current policies and legal instruments, International Peace Academy, Background Paper http://www.ipacademy.org/media/pdf/publications/controlling_resource_flows.pdf (12.05.2009)
- Leite, C.; Weidmann J. (1999): Does Mother Nature Corrupt? Natural Resources, Corruption and Economic Growth, Working Paper 99/85, IMF, Washington D.C.
- Levin, J. (1960): The Export Economies: Their Pattern of Development in Historical Perspective, Cambridge, Harvard University Press
- Lunde, L.; Taylor, M. (2003): Commerce or Crime? Regulating economies of conflict, Fafo Report 424, Oslo <http://www.faf.no/pub/rapp/424/424.pdf> (12.05.2009)
- Mac Chapin, M. (2004): A challenge to conservationists, Worldwatch Institute, Washington D.C.
- Mayorga Alba, E. (2009): Extractive Industries Value Chain, Extractive Industries for Development Series #3, World Bank, Washington D.C.
- McMahon, G., Remy, F. (2001): Large Mines and the Community: Socioeconomic and Environmental Effects in Latin America, Canada, and Spain, International Development Research Centre, Ottawa und World Bank, Washington, D.C.
- Mikesell, R. (1997): Explaining the Resource Curse, With Special Reference to Mineral Exporting Countries, Resources Policy 23.4: 191–9
- Neumayer, E. (2004): Does the “Resource Curse” Hold for Growth in Genuine Income as Well?, World Development 32.10: 1627–40
- Overseas Development Institute (2006): Meeting the Challenge of the Resource Curse -International Experiences in Managing the Risks and Realising the Opportunities of Non-Renewable Natural Resource Revenue Management, Bureau for Resources and Strategic Partnerships, United Nations Development Programme, London
- Okruhlik, G. (1999): Rentier Wealth, Unruly Law, and the Rise of Opposition: The Political Economy of Oil States, Comparative Politics 31.3: 295–316
- OECD Global Forum on International Investment (2002) FDI and Environment: Lessons learned from the Mining Sector, Konferenzbericht, Paris, www.oecd.org/daf/investment
- Palley, Thomas (2003): Lifting the Natural Resource Curse, Foreign Service Journal, 80, USA
- Pearce, J. (2004): Beyond the Perimeter fence: Oil and armed conflict in Casanare, Colombia http://www.lse.ac.uk/Depts/global/Publications/DiscussionPapers/DP32_BeyondthePerimeterFence.pdf (12.05.2009)
- Prebisch, R. (1950): The Economic Development of Latin America and its Principal Problems, CEPAL / Vereinte Nationen, New York
- Regan, A. (2003): The Bougainville Conflict: Political and Economic Agendas’, in Ballentine, K., Sherman, J. (Hrsg): The Political Economy of Armed Conflict: Beyond Greed and Grievance, International Peace Academy, Boulder: 133–166
- Renner, Michael (2002): The Anatomy of Resource Wars, Worldwatch Paper 162, Washington D.C.
- Reynal-Querol, M. (2002) ‘Ethnicity, Political Systems, and Civil Wars’, Journal of Conflict Resolution 46: 29–54

Riedel, Eibe, Feig, Stefan (2000) Legal aspects concerning the principles for the conduct of company operations within the oil and gas industry, Universität Mannheim, Studie im Auftrag von Brot für die Welt

Robinson, J., Torvik, R., Verdier, T. (2002) Political Foundations of the Resource Curse, Centre For Economic Policy Research Discussion Paper Series No 3422
<http://www.svt.ntnu.no/iso/ragnar.torvik/bardhanjde.pdf> (12.05.2009)

Ross, M. (2004): What Do We Know About Natural Resources and Civil War?, *Journal of Peace Research* 41.3: 337–56

Ross, Michael (2003a): How do natural resources influence civil war? Dept. of Political Science, UCLA, USA

Ross, Michael (2003b): Oil, Drugs and Diamonds: The Varying Role of Natural Resources in Civil War, in: Ballentine, K., Sherman, J. (Hrsg): *The Political Economy of Armed Conflict: Beyond Greed and Grievance*, International Peace Academy, Boulder: 47–70

Ross, Michael (2002) Natural Resources and civil war – an overview with some policy options, Konferenzpapier „The governance of natural resources revenues“, Paris

Ross, Michael (2001): Does oil hinder democracy? in *World Politics* 53, S.351-61

Ross, Michael (1999): The Political Economy of the Resource Curse, *World Politics* 51.2: 297–322

Rosser, A. (2006): The political economy of the resource curse, a literature survey, IDS working paper 268, Brighton UK

Rosser, A. (2004): Why Did Indonesia Overcome the Resource Curse?, IDS Working Paper 222, Brighton, UK

Sachs, J.D., Warner, M. (1995): Natural Resource Abundance and Economic Growth, National Bureau of Economic Research Working Paper 6398, Cambridge, MA

Sala-i-Martin, X., Subramanian, A. (2003): Addressing the Natural Resource Curse: An Illustration from Nigeria, International Monetary Fund, Washington, DC:

Sarraf, M., Jiwaji, M. (2001): Beating The Resource Curse: The Case of Botswana, World Bank Environment Department Papers, Environmental Economics Series (October), Washington, DC: World Bank

Save the Children (2003): Lifting the Resource Curse: Extractive Industry, Children and Governance, London

Schrank, A. (2004): Reconsidering the “Resource Curse”: Sociological Analysis Versus Ecological Determinism, New Haven: Dept of Sociology, Yale University

Scurrah, M. (Hrsg) (2008): Defendiendo Derechos y promoviendo Cambios, Instituto de Estudios Peruanos, Lima

Shaxson, N. (2005): New Approaches to Volatility Dealing With the “Resource Curse” in Sub-Saharan Africa, *International Affairs* 81.2: 311–24

Sherman, J. (2000): Profits vs. Peace: The Clandestine Diamond Economy of Angola, *Journal of International Affairs* 53.2: 699–719

Silberfein, M. (2004): The Geopolitics of Conflict and Diamonds in Sierra Leone, in: *Geopolitics*.
<http://www.arts.ualberta.ca/~courses/PoliticalScience/474A1/documents/SilberfeinGeopoliticsConflictDiamondsSierraLeone.pdf> (12.05.2009)

Singer, H.W. (1950): The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries, *American Economic Review. Papers and Proceedings* 11, 2, 473-85

- Singer, H.W. (1949): Postwar Price Relation Between Underdeveloped and Industrialized Countries, Vereinte Nationen, New York
- Snyder, R. (2006): Does Lootable Wealth Breed Disorder? A Political Economy of Extraction Framework, Comparative Political Studies, October 2006.
http://www.brown.edu/Departments/Political_Science/documents/DoesLootableWealthBreedDisorder.pdf (12.05.2009)
- Snyder, R., Bhavnani (2005): Diamonds, Blood and Taxes: A Revenue-Centred Framework for Explaining Political Order, Journal of Conflict Resolution 49.4: 563–97
- Sørli, M., Gleditsch, N., Strand, H. (2005): Why is There So Much Conflict in the Middle East?, Journal of Conflict Resolution 49.1: 141–65
- Stevens, P. (2003): Resource Impact: A Curse or a Blessing, Draft Working Paper, Centre for Energy, Petroleum and Mineral Law and Policy, University of Dundee
- Swanson, P. (2002): Fuelling conflict – the oil industry and armed conflict, FaFo Paper 278, Oslo
- Toto Same, A. (2009): Transforming Natural Resource Wealth into sustained growth and poverty reduction – a conceptual framework for Sub-Saharan Africa, Policy Research Working Paper 4852, World Bank, Washington D.C.
- UNCTAD (2007): World Investment Report 2007, Transnational Corporations, Extractive Industries and Development, New York, Genf
- UNCTAD (2005): Trade and Development Report 2005: Evolution of the terms of trade and its implication on developing countries, Genf
- UNDP; World Bank (2002): Comparative Analysis on the Distribution of Oil Rents, Studie im Rahmen des Energy Sector Management Assistance Programme (ESMAP) und des Dialogprogramms Population, Energy and Environment <http://vle.worldbank.org/bnpp/en/publications/energy-water/population-energy-and-environment-program-comparative-analysis-distributio> (12.05.2009)
- United Nations (2002): Berlin II, Guidelines for Mining and Sustainable Development, Division for Sustainable Development, Department of Economic and Social Affairs, New York
- Wantchekon, L. (1999): Why do Resource Dependent Countries Have Authoritarian Governments?, Yale University
- Woolcock, M., Pritchett L., Isham, J. (2001): The Social Foundations of Poor Economic Growth in Resource-Rich Countries, in R. Auty (Hrsg): Resource Abundance and Economic Development, Oxford: Oxford University Press: 76–92
- World Bank (2003): Summary of OED Draft Review of the Worls Bank Group's Activities in the Extractive Industries: Factoring in Governance
- World Bank (2005): Republic of Peru Wealth and Sustainability: the environmental and social dimensions of the mining sector in Peru, Report No.38044-PE
- World Bank (2007): Republic of Peru Environmental Sustainability: a key to poverty reduction in Peru, Country Environmental Analysis, Report No. 40190-PE
- World Bank (2008): Implementing the Extractive Industries Transparency Initiative, Applying Early Lessons from the Field, Washington, D.C.
- World Resources Institute (2007): Development without conflict – The business case for community consent, Washington D.C.

Anhang

Links

Alliance for responsible mining

www.communitymining.org

CASM

www.artisanalmining.org

Council for Responsible Jewellery Practices

www.responsiblejewellery.com

Diamond Development Initiative

www.ddiglobal.org

EITI

www.eitransparency.org

Fair Trade Diamonds and Jewellery

www.diamond.net

ICMM

www.icmm.com

Initiative for Responsible Mining Assurance

www.responsiblemining.net

Kimberley Process

www.kimberleyprocess.com

Madison Dialogue

www.madisondialogue.org

Publish what you pay

www.publishwhatyoupay.org

Voluntary Principles on Security and Human Rights

www.voluntaryprinciples.org

Übersicht über Initiativen

Extractive Industry Transparency Initiative

Gründung und Grundlagen	Ziel	Aktivitäten	Ansatzebene	Wirkungen intendierte / untersuchte	Struktur (Entscheidungsstruktur, Repräsentativität)	Finanzierung	Anmerkungen
2002 als Multistakeholder Forum unter der Koordination von DFID Basis: EITI Prinzipien (2003) und EITI Kriterien (2005) ergänzt durch einen Leitfaden (Source Book, 2005) zur EITI Umsetzung Validierung der Umsetzung durch entsprechenden Leitfaden (Validation guide, 2006)	Transparenz der Zahlungsflüsse im extraktiven Sektor Unternehmen veröffentlichen, was sie zahlen Regierungen veröffentlichen, was sie erhalten	Umsetzung erfolgt auf nationaler Ebene entsprechend der gesetzten Standards Validierung erfolgt international	National Erste Bestrebungen EITI Ansatz auch auf regionaler Ebene umzusetzen gibt es z.B. im Niger, Delta, Nigeria und in Peru	Minimierung von Korruption, Transparenz und Stärkung der institutionellen Strukturen im extraktiven Sektor, Verbesserung der Nutzung der Gewinne aus dem extraktiven Sektor für Pro Poor Growth Bisher keine unabhängige Untersuchung der Wirkungen, Weltbankbericht zu ersten Lessons Learned 2007	Multistakeholder Forum Multi Donor Trust Fund verwaltet durch die Weltbank Seit Februar 2009 non-profit Association nach norwegischem Recht Vorstand: 1 unabhängiger Präsident 8 Ländervertreter (5 von durchführenden, 3 von unterstützenden Ländern) 6 Unternehmensvertreter davon 1 Investor 5 Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen EITI Sekretariat in Oslo Unterscheidung der Mitgliedsländer in Kandidaten und Compliant	Durch Beiträge der unterstützenden Länder, der Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen; Einbindung der unterstützenden Länder in den EITI Vorstand	Schwerpunkt afrikanische und zentralasiatische Länder; Wenig Unterstützung in Lateinamerika und wenig Südostasien

Voluntary Principles on Security and Human Rights

Gründung und Grundlagen	Ziel	Aktivitäten	Ansatzebene	Wirkungen intendierte / untersuchte	Struktur (Entscheidungsstruktur, Repräsentativität)	Finanzierung	Anmerkungen
2000 durch die Regierungen der USA und UK, Bergbau- und Erdölunternehmen, Menschenrechtsorganisationen Grundlage sind die Voluntary Principles	Leitlinien für Unternehmen zur Sicherung ihrer Operationen in Konfliktregionen oder fragilen Staaten bei gleichzeitiger Respektierung der Menschenrechte und fundamentaler Freiheitsrechte	Unterstützung von nationalen Umsetzungsprozessen in Kolumbien und Indonesien, seit 2007 auch in Nigeria (Problem: mangelnde NRO Beteiligung) Integration der VP in Verträge mit den nationalen Sicherheitskräften Entwicklung von Instrumenten zur Umsetzung der Voluntary Principles Entwicklung von Berichtsleitlinien	National, Unternehmen	Respektierung der Menschenrechte durch Unternehmen auch in Konfliktregionen 5 Jahresüberblick der Informationsarbeitsgruppe der VP, demzufolge: stärkere Integration von Menschenrechte in Unternehmenskultur	Mitglieder: 18 Unternehmen, 8 NRO, Regierungen der USA, Norwegen, Niederlande und UK Jährliche Treffen, Arbeitsgruppen, jährliche Berichtspflicht an das Steering Committee Mitglieder des Steering Committees 2008: Rio Tinto, ExxonMobil, Pax Christi, Oxfam Int., die Niederlande und Norwegen Sekretariat seit 2004 beim International Business Leaders Forum (IBLF) und Business for Social Responsibility (BSR)	k.A.	Die Mitglieder haben Stillschweigen nach außen vereinbart K e i n A u d i t

Alliance for Responsible Mining

Gründung und Grundlagen	Ziel	Aktivitäten	Ansatzebene	Wirkungen intendierte / untersuchte	Struktur (Entscheidungsstruktur, Repräsentativität)	Finanzierung	Anmerkungen
2004 in Quito Standard Zero for Fair Trade artisanal gold and associated silver and platinum, 2007	Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen im Klein und Kleinstbergbau Entwicklung des Kleinbergbaus zu einem formalisierten, organisierten und profitablen Arbeitssektor	Entwickeln von Fair Trade Standards für Halbedelsteine, Edelsteine und Diamanten produziert von informellen und Kleinbergbau Aufbau von Vermarktungswegen Öffentlichkeitsarbeit	Durchführung von lokalen Pilotprojekten (Bolivien, Peru, Ecuador und Kolumbien)	k.a.	Vorstand bestehend aus sieben bis dreizehn Mitglieder Produzentenvereinigung, NRO und Handel	Unterstützung von Both Ends Novib CASM Solidaridad u.a.	Basiert auf Erfahrungen der Green Gold in Kolumbien Konzentriert auf Lateinamerika

Initiative for Responsible Mining Assurance

Gründung und Grundlagen	Ziel	Aktivitäten	Ansatzebene	Wirkungen intendierte / untersuchte	Struktur (Entscheidungsstruktur, Repräsentativität)	Finanzierung	Anmerkungen
2006 im Rahmen des Vancouver Dialogs	Weiterentwicklung existierender Standards (Framework for Responsible Mining) und vor allem aber der Aufbau eines Systems zur unabhängigen Kontrolle der Einhaltung der Standards	z.Zt. Entwicklung von Standards Aufbau eines Zertifizierungssystems	Bergbauvorhaben /Projektebene	Noch nicht in der Umsetzung	Mitglieder sind NRO (CAFOD, EarthWorks, Oxfam), Gewerkschaften, lokale Gemeinschaften und Unternehmen wie Rio Tinto, AngloAmerican Steering Committee bestehend aus je einem Vertreter der Interessengruppen	k.A.	fokussiert auf Goldbergbau

Kimberley Process

Gründung und Grundlagen	Ziel	Aktivitäten	Ansatzebene	Wirkungen intendierte / untersuchte	Struktur (Entscheidungsstruktur, Repräsentativität)	Finanzierung	Anmerkungen
2003 Grundlage ist eine Multi-stakeholder – Vereinbarung „Kimberley Process Certification Scheme“	Verhinderung des Handels mit „Konflikt-diamanten“	Die Unterzeichnerländer müssen Import / Export Kontrollrichtlinien erlassen, die den gehandelten Rohdiamanten bescheinigen, nicht aus Konfliktregionen zu stammen. Einrichtung interner nationaler Kontrollinstanzen Führen von Ausfuhrstatistiken	Nationale Ebene	Kriegsfinanzierung durch Diamantenhandel wird unterbunden	Teilnehmer sind die Staaten (46 Länder und die EU), Beobachter die Diamantenindustrie und NRO Jährliche Treffen der TN und Beobachter Multistakeholder-Arbeitsgruppen u.a. zu Monitoring, Statistik, interne Verfahren, Kleinbergbau Sekretariat wird wechselnd von Ländern übernommen (2009 Namibia)		